



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

mittendrin

Ausgabe 07/08 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



SOMMERFERIEN IN BERLIN

„Was war denn Dein schönstes Ferienerlebnis?“

In ein paar Wochen werden für das Beantworten dieser Frage Bilder gemalt und Texte geschrieben. Doch davor gibt es erst mal SECHSUNDVIERZIG Tage Ferien. Sechsendvierzig mal ausschlafen, vielleicht.

In Berlin leben viele Familien, die mit wenig Geld auskommen müssen. Hier genau hinzusehen und zu unterstützen, ist für uns als Linke eine Herzensangelegenheit. Eine Vielzahl von Ideen und Angeboten ist in den letzten Jahren in Berlin deshalb entstanden – um allen Kindern und Jugendlichen schöne Fe-

rientage zu ermöglichen: Ein Klassiker ist der Super-Ferien-Pass. Auch für das Jahr 2024 und 2025 gibt es eine Neuauflage. Hier heißt es „Einhundert Tage Ferien für 9 Euro.“ Der Ferienpass gilt auch für die kommenden Ferien des Schuljahres. In ihm enthalten ist zum Beispiel eine Badekarte. Mit dieser Karte hat man pro Ferientag einmal freien Eintritt in ein Schwimmbad der Berliner Bäder-Betriebe. Auch für andere Einrichtungen gibt es Freikarten im Ferienpass. Kaufen kann man den Super-Ferien-Pass zum Beispiel

bei REWE. Bei geringem Familieneinkommen gibt es den Ferien-Pass sogar gratis – er ist Teil des Bildungs- und Teilhabepakets.

Eine Vielzahl von Veranstaltungen im Sommer ist umsonst und draußen. Konzerte, Festivals, Sportfeste zum Beispiel. Einen Überblick zu hilfreichen Internetseiten siehe Seite 2.

Es ist gelungen, viele Orte in Berlin zu erhalten, die kein Geld kosten: Die Wuhlheide mit dem FEZ entdecken, im

➤ *Fortsetzung auf Seite 2*

STADTENTWICKLUNG

Bezahlbare Wohnungen unter die Abrissbirne? Bayer negiert Interessen der Mieter*innen!

Seite 5 ▶

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Willkürliche Repression an Berliner Hochschulen ablehnen! Law and Order nach CDU-Manier!

Seite 7 ▶

MINDESTLOHN

Keine Ausnahmen für europäischen Mindestlohn in Deutschland! Schlimm für die Betroffenen!

Seite 8 ▶

➤ Fortsetzung von Seite 1

Strandbad Rahnsdorf bei freiem Eintritt im Müggelsee baden oder auf dem Tempelhofer Feld die Weite genießen.

Auch der Museumssonntag schont das Portemonnaie: Jeden ersten Sonntag im Monat ist in den Museen des Landes Berlin für alle der Eintritt frei. Familien können das Kindermuseum unterm Dach in Lichtenrade besuchen oder im Museumsdorf Düppel in das Mittelalter eintauchen.

Grundschülerinnen und Grundschüler können auch in den Ferien den Hort besuchen und dort mit ihren Freunden und Freundinnen spielen. Der Hort in Berlin ist kostenfrei.

Berliner Schülerinnen und Schüler fahren gratis mit der BVG. Das Schülerticket gilt natürlich auch in den Ferien und lädt ein, Berlin zu erkunden.

Sie wissen nicht, ob Ihre Kinder eventuell den Super-Ferien-Pass kostenlos bekommen? Oder welche anderen Hilfsmöglichkeiten Sie in Anspruch nehmen können? In jedem Berliner Stadtbezirk gibt es für solche Fragen jetzt Familienservicebüros. Diese Büros sind erster Anlaufpunkt für Fragen rund um die Familie.

Dank an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer

Hinter uns liegt ein intensiver Europawahlkampf. Das Ergebnis ist für uns als Linke ein tiefer Einschnitt. Mit 2,7 Prozent hat Die Linke ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990 eingefahren. Das ist für uns Anlass, vieles auf den Prüfstand zu stellen, auch hier in Berlin und in unserem Bezirk Mitte.

Entgegen dem desolaten Ergebnis führten wir in Mitte einen beherzten Wahlkampf und unsere Aktionen, insbesondere jene zur Explosion der Lebensmittelpreise, stießen auf großes Interesse und Wohlwollen bei unseren Nachbarinnen und Nachbarn. Wir konnten unsere Ergebnisse teilweise verbessern, zum Beispiel am Leopoldplatz und im Soldiner Kiez. In anderen Teilen des Bezirkes mussten wir herbe Verluste einfahren.

Viele Mitglieder beteiligten sich am Wahlkampf und die Aufgaben, die während dieser Frühlingsmonate anfielen, konnten auf so viele Schultern verteilt werden wie selten zuvor. Unser Dank

Hilfreiche Internetseiten

Super-Ferien-Pass:
www.jugendkulturservice.de

Umsonst und draußen:
www.berlin.de/kultur-und-tickets/gratis

www.museumssonntag.berlin

Familienservicebüros:
www.familienportal.berlin.de

„Was war denn Dein schönstes Ferienerlebnis?“

Ich hoffe, dass alle Berliner Schülerinnen und Schüler die Qual der Wahl haben, darauf eine Antwort zu finden.

Katrin Seidel,

Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin,

Sprecherin der Fraktion

Die Linke für Kinder, Jugend, Familie, Verbraucher*innenschutz und Tierschutz



geht daher zuvorderst an unsere Mitglieder, die sich unermüdlich und vor allem ehrenamtlich für eine sozial gerechte Gesellschaft einsetzen. Auch unseren Wählerinnen und Wählern in Berlin Mitte wollen wir ein großes Dankeschön sagen. Wir wissen, dass wir unbedingt wieder stärker werden müssen, um den in uns gesetzten Erwartungen nach einem bezahlbaren Leben, guter Arbeit, leistbaren Mieten und Frieden in Europa gerecht werden zu können.

Martha Kleedörfer
und **Martin Neise**



Sonne, Sommer, Ferien. Und kein Geld ...

Die Sommerferien stehen vor der Tür und sie bedeuten für Schüler*innen wohl noch immer: ausschlafen können, lange aufbleiben, keine Schularbeiten ... irgendwie Freiheit!

Am 4. Juli 23 titelte der Tagesspiegel: „Teurer Ferienspaß, arme Kinder gehen oft leer aus.“ Ganz einfach gesagt: Ihre Eltern hatten weder für Urlaubsreisen noch für Ferienangebote das nötige Kleingeld. Bernd Siggelkow von der „Arche“ sagte in dem zitierten Artikel, dass die meisten Kinder, die mit ihrem Hilfswerk verreisen, noch nie das Meer oder die Berge gesehen hätten.

Sieht es in diesem Jahr besser aus? Die Verwaltung der „SJD – Die Falken Berlin“ erklärte uns auf Anfrage: „Wir versuchen, preiswerte Angebote für Zeltlager anzubieten oder auch einige für ganz wenig Geld. Wir können aber eben viele nicht mitnehmen, da unsere finanziellen Mittel beschränkt sind.“

Kein Wunder, möchte ich sagen, denn die Kinderarmut in Berlin betrifft nicht einige Hundert, noch nicht einmal einige Tausend junge Menschen, sondern mindestens 127 000 Kinder und Jugendliche von 6 bis 20 Jahren.

Der neue Superferienpass ist zwar eine gute Möglichkeit, um zumindest kostenlos in die Freibäder zu kommen. Auch städtische Büchereien bieten eine Menge an Aktivitäten an, die Spaß bringen. Ab 14 Jahren darf man in den Ferien arbeiten und diesmal soll ein großer Betrag nicht aufs Bürgergeld angerechnet werden.

Als Landesarbeitsgemeinschaft Kinderarmut der Linkspartei möchten wir nicht länger nur Anträge und Artikel schreiben, sondern eine Keimzelle für eine linke Kinder- und Jugendorganisation schaffen. Im Sommer 2025 sollen zunächst 90 Kinder aus von Armut betroffenen Familien an einem Kindercamp am Wannsee teilnehmen können, sich anerkannt und unterstützt fühlen. Kulturelle Bildung, Sportangebote, aber auch politische Bildung sollen bewirken, dass sie sich mit „breiter Brust“ und mit dem Wissen über die bestehende Klassengesellschaft zur Wehr setzen können. Wir wollen damit mehr als ein bisschen Ferienspaß nach getaner Ferienarbeit.

Barbara Herzig-Martens

KURZNACHRICHTEN

► Sommerstart im Monbijou-Theater

Mit zwei Premieren ging das Monbijou-Theater vis-à-vis vom Bodemuseum Mitte Juni an den Sommerstart. „Fools in Love - Eine Shakespeare-Revue“ und „Der Freibeuter“ laufen bis Ende September. Auf dem Spielplan stehen auch wieder der Comedy-Slam und „Das Match“ von Theatersport Berlin. Infos per monbijou.bilieto.net.

► Mini-Wald im Moabiter Stadtgarten

Ein Tiny-Forest, ein Mini-Wald, wird vom Verein „Kiezwald“ mit Anwohnern im Moabiter Stadtgarten angepflanzt. Nach japanischem Vorbild wurden zuerst auf 115 Quadratmetern auf dem Areal des früheren Güterbahnhofs Pflanzen ausgesät. Ab Herbst kommen dann die Bäumchen in die Erde. Bis dahin organisiert der Verein Workshops für Anwohner und Mini-Wald-Fans, die in den ersten drei Jahren das Wäldchen wässern und pflegen sollen.

► Sprengel-Haus an Verein verkauft

Das Sprengel-Haus Wedding in der Sprengelstraße 15 wurde von der Erben-gemeinschaft an den Verein „Förderkreis für seelische Gesundheit“ verkauft. Dieser will darin eine betreute Wohn-gemeinschaft für zehn Personen eröffnen. Dafür muss der Verein „Gemeinsam im Stadtteil“ (GiS) mit seinen 60 Initiativen die Zahl seiner Räume um die Hälfte kürzen. Die Mieten für die neun Organisa-tionen im Haus will der neue Eigentümer nicht erhöhen.

► Neues Kino im früheren Krematorium

Das „Arsenal - Institut für Film- und Videokunst“ zieht vom Filmhaus am Potsdamer Platz ins „silent green“ Kul-turquartier im ehemaligen Krematori-um Wedding in der Gerichtstraße um. Erstmals werden ab 2026 alle Arbeits-bereiche (Kino, Berlinale Forum, Archiv und Verleih) an einem Ort vereint sein. Dann wird auch das Kino „Arsenal“ mit 180 Plätzen und einer Leinwand in der Größe von rund neun mal vier Metern seine Pforten öffnen. In seinem Unterge-schoss können große Teile des mehr als 10 000 Titel umfassenden Filmarchivs untergebracht werden.

Dmitri Kolpakchi empfängt Menschen zu brillanten Events

Dmitri Kolpakchi ist seit über sechs Jahren Berliner, seit Anfang 2023 managt er zwei prächtig ausgestat-tete jeweils 450 Quadratmeter große Säle - den goldenen ALTINSARAY und den silbernen GÜMÜSSARAY - auf dem früheren Gewerbehof in der Drontheimer Straße 32. Im Backstein-bau des damaligen Elektrizitäts-AG Hydrawerks lädt die Golden Event & Marketing GmbH bis zu 1200 Gäste zu Hochzeitsfeiern, Geburtstags- und Betriebsfesten, Konferenzen, Mee-tings und anderen Veranstaltungen ein.

„Mich erfüllt es sehr, Menschen mit den unterschiedlichsten Migrations-hintergründen, Religionen und Kulturen inmitten Berlins zu empfangen, in fest-licher Atmosphäre Freude zu bereiten“, sagt der 27-jährige. Er ist orthodoxer Christ und spricht Moldawisch, Eng-lisch, Türkisch, Russisch und Deutsch. Allein im Juni organisierte er mit sei-nem Team türkische, indische, afgha-nische, arabische, tschetschenische und turkmenistanische Eheschließun-gen. Einigen Hochzeiten gehen Henna-Nächte voraus, in denen muslimische Bräute mit kunstvollen Motiven an den Händen und Füßen geschmückt wer-den. „Die Gäste bestimmen den Ablauf, welche Speisen angeboten werden, ob Musiker oder DJs auftreten - je nach den Traditionen der Familien und ihrer Herkunftsländer“, stellt er seine Arbeit vor. „Schweinefleisch und Alkohol ste-hen nicht auf der Menükarte, sind ja in einigen Kulturen noch tabu, aber Fa-milien bringen auch schon eigene Ge-tränke mit“. Bei den neuen, jüngeren Generationen kann er schon mitunter eine andere Sicht beobachten.

Die umfangreiche Verwandtschaft aus Nah und Fern kommt auch zu Ge-burtstagen in die glanzvollen Säle, zu-meist wird das erste Jahr des Kindes groß gefeiert. „Auf alle Fälle sind unse-re Events brillante Beiträge zur Inte-gration, zur Multikultur, unsere Gä-ste fühlen sich in Berlin aufgenommen und wohl“. Aber, das betont Dmitri Kol-pakchi, die Säle stehen auch offen für Wirtschaftsunternehmen, politische und kulturelle Institutionen.

Der selbst seit sechs Jahren mit der Online-Reiseberaterin Elena verhei-ratete Dmitri, Vater von Alisa (4) und



Matwei (2), wurde 1997 in Ceadir-Lun-ga im autonomen Gebiet Gaugasien der Republik Moldau geboren. An der Free International University of Moldova (ULIM) erwarb er die Ausbildung zum Dolmetscher/Übersetzer. 2018 folgte er seiner Mutter, der Malerin Natalia Fomicheva, nach Berlin. „Ich bin noch jung und habe viele Pläne und Träu-me“, betont Dmitri Kolpakchi, „aber bei Golden Event & Marketings werde ich noch lange aktiv sein, weil es groß-artig Menschen aus aller Welt in die Arme schließt“.

Matthias Herold

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE - mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin - und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Wie geht es unseren Einschulkindern?

Federtasche, Malkasten, Papier, Hausaufgabenheft, Sportbeutel und Brotdose – all das in den Schulanzen und schon geht es für viele tausend Kinder zum ersten Mal in die Schule. Das neue Schuljahr steht vor der Tür, die Klassen sind voll und die Lehrkräfte gestresst – doch wie ist es eigentlich um die Gesundheit und Schulfähigkeit der künftigen Schülerinnen und Schüler bestellt? Antworten und Empfehlungen dazu gibt die Auswertung der Einschulungsuntersuchungen unseres Gesundheitsamtes.

Es gibt einen absoluten Pflichttermin im Gesundheitsamt, den jede Familie wahrnehmen muss: die Einschulungsuntersuchung. Sie findet im Alter zwischen 5 und 6 Jahren statt und neben einer körperlichen Untersuchung und einer Überprüfung der Seh- und Hörfähigkeit erfolgt auch eine Einschätzung der sprachlichen, motorischen und geistigen Entwicklung des Kindes. Dadurch sollen fundierte Aussagen zur Gesundheit und Entwicklung des Kindes getroffen und Problemlagen identifiziert werden, denen mit konkreten Fördermaßnahmen begegnet werden kann. Während es zu Beginn der Corona-Pandemie Einschränkungen gab, konnte im Jahr 2022 wieder der vollständige Jahrgang untersucht werden. In Mitte wurden 2022 insgesamt 3.921 Einschulungsuntersuchungen durchgeführt und die Ergebnisse zeigen im bezirklichen Vergleich leider hohe gesundheitliche Herausforderungen auf.

Mehr als die Hälfte der Kinder (57,2%) erhielt nach der Einschulungsuntersuchung eine schulische Förderempfehlung – insbesondere für die Bereiche Sprache, Visuomotorik und visuelle Wahrnehmung. Weitere 12,4% der Einschulungskinder in Mitte sind übergewichtig. Nach einem zuletzt rückläufigen Trend hat sich der Anteil übergewichtiger Einschulungskinder 2022 erhöht. Etwa ein Viertel der Einschulungskinder wächst in Familien mit niedrigem Sozialstatus, d.h. mit erhöhtem Armuts- und Gesundheitsrisiko auf, weil Faktoren wie Bildung, Beruf und Einkommen der Eltern die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern bestimmen. Die Kitaquote liegt bei insgesamt 96%.



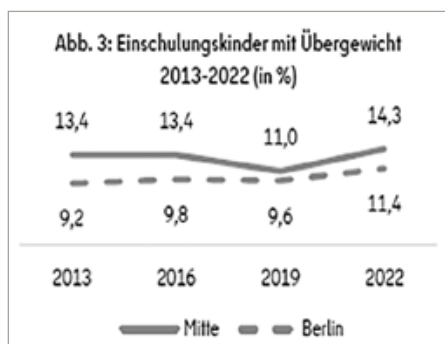
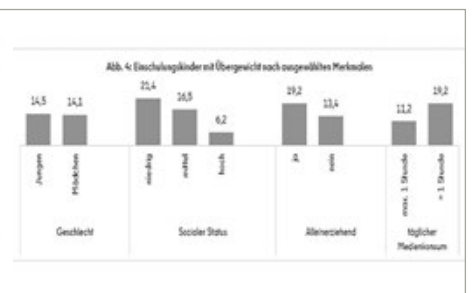
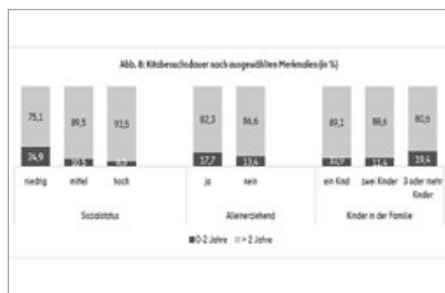
Foto: Tim Reckmann / consul.de (CC-BY 2.0)

Zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung besuchten 86% der Kinder bereits seit mehr als zwei Jahren eine Kita. Bei Kindern aus Familien mit geringem Sozialstatus zeigt sich jedoch eine kürzere Kitabesuchsdauer.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich zahlreiche Handlungsempfehlungen ableiten, die zu einem großen Teil bereits von meiner Abteilung bearbeitet werden. Doch wie immer ist eine Ausweitung abhängig von Geld und anderen Ressourcen. Zum Beispiel müssten Bewegungsangebote gestärkt werden, doch neben Geld fehlt es an Trainer*innen oder Hallenzeiten. Kinder- und Familienarmut muss in den Fokus genommen werden – hier passiert schon sehr viel insbesondere für Alleinerziehende und

mit unserer neuen Koordinierungsstelle künftig sogar noch mehr. Eine ihrer Aufgaben wird sein, für einen frühzeitigeren Kita-Besuch zu werben, um die soziale Integration und Sprachförderung zu stärken. Und auch die Zugangsbarrieren zu Therapieangeboten müssen abgebaut werden, denn gerade Einschulungskinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sowie mit kürzerer Kitabesuchsdauer weisen häufiger schulischen und sonderpädagogischen Förderbedarf auf und werden häufiger von der Schulpflicht zurückgestellt. Es ist ein Kraftakt, doch jede Investition heute lohnt sich für diese künftige Generation, packen wir es an.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit



BEI ANDEREN GELESEN

„Diese Wahl kann einen nicht froh stimmen,“ meint die **Mitteldeutsche Zeitung** zum Ergebnis der EU-Wahl und kommentiert: „In den nächsten fünf Jahren wird es noch schwieriger werden, die Europäische Union als Einheit gegen die globalen Herausforderungen zusammenzuhalten. Das Wahlergebnis ist insofern leider ein Votum gegen europäische Solidarität. Der nationale Stimmungstest für die Bundesregierung fällt hundsmiserabel aus. Die Klatsche für die Koalitionäre ist hausgemacht. Mit Abwendung reagieren die Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf den Dauerstreit von SPD, FDP und Grünen, auf deren fehlenden Pragmatismus beim Lösen von Problemen und auf einen Kanzler, der zwar öffentlich präsent ist, aber den Menschen viel zu wenig Halt gibt.“ Die **Badische Zeitung** aus Freiburg kommentiert das Abschneiden der AfD: „Eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei wird zweitstärkste Kraft in Deutschland und landet im Osten sogar an der Spitze. Das ist ein Alarmzeichen für die Republik, das nicht ernst genug genommen werden kann.“ Ähnlich die **Berliner Zeitung**: „Der Osten ist blau (...), 27 Prozent der Wähler haben in der Alternative für Deutschland eine Wahlalternative zu den derzeit regierenden Parteien gesehen. Grün, rot, dunkelrot, gelb, schwarz – keine der bisher mit Gestaltungsmacht ausgestatteten Parteien konnte ausreichend überzeugen, um diese Manifestation der Unzufriedenheit zu verhindern. Die AfD, die bisher nirgends bewiesen hat, dass sie es besser könnte, ist stärkste Kraft. Sie saugt ihre Stärke aus dem Unwillen und der Unfähigkeit der anderen, die Probleme der Leute zu lösen.“ Die **taz** titelt sarkastisch-optimistisch: „Immerhin rund 80 Prozent noch halbwegs bei Sinnen“. **nd.Der Tag** sieht die Linkspartei „an der Abbruchkante“ und schreibt: „Nächstes Jahr geht es bei der Bundestagswahl ums politische Überleben, und dann sind mindestens fünf Prozent Pflicht. Und zuvor, im September 2024, muss Die Linke aufpassen, dass sie nicht aus einem der ostdeutschen Landtage rausfliegt. Es wäre ein Offenbarungseid. Zu gewinnen hat diese Linke, wie es aussieht, so schnell nichts. Sie muss vorerst schon froh sein, wenn sie nicht noch mehr verliert.“



Tegeler Straße 1 – 7. Nach neuem Gutachten schutzwürdiger Wohnraum

Bezahlbare Wohnungen sollen unter die Abrissbirne!

Bewohner der Tegeler Straße 1-7 und Fennstraße 33/34 bangen immer noch

Es geht um rund 140 günstige, bezahlbare Wohnungen, die auf dem Areal des Pharmakonzerns Bayer im Wedding stehen. Aber die Interessen der Mieter*innen zählen für den Konzern nicht.

Im Gegenteil: In den bisherigen Kündigungen wird ihnen auch noch „Hinderung der wirtschaftlichen Verwertung“ des Areals vorgeworfen, statt die Inkonsequenz der eigenen Bebauung zuzugeben. Bayer weiß auch heute noch nicht genau, wozu der Platz der bedrohten Häuser eigentlich so dringend gebraucht wird.

Bereits Anfang 2016 wurden nach langem Kampf der Mieter*innen die Häuser Fennstraße 35/37 / Am Nordhafen 1 abgerissen. Das damals angeblich so dringend notwendige Verwaltungsgebäude steht bis heute nicht. Ebenso ist auch die erforderliche Bürgerbeteiligung, die für die Tegeler und Fennstraße bereits im 4. Quartal 2021 durchgeführt werden sollte, bis heute nicht erfolgt.

Das Vorgehen von Bayer wie auch des Bezirksamts wurde in der BVV von der Linksfraktion missbilligt. Die Sprecherin der Linken, Martha Kleedorfer, hat bereits im März 2022 darauf hingewiesen, dass ein triftiger Grund, der den Abriss der Wohnhäuser rechtfertigen würde, von Bayer bislang nicht benannt werden konnte. Sie fordert vom Bezirk die Erhaltung und planrechtliche Sicherung der Wohngebäude. Die Linksfraktion der BVV hat die Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. (GGSC)

mit einem Rechtsgutachten zum Bauplanungsrecht und Wohnraumschutz beauftragt.

Das Rechtsgutachten kam zu dem Ergebnis, dass es sich bei den von Bayer zum Abriss bestimmten Gebäuden in der Tegeler Straße im Mettmann-Kiez um schutzwürdigen Wohnraum im Sinne §1 Abs.1, 3 Abs.1 Zweckentfremdungsverbot-Gesetz handelt, sodass dessen Beseitigung der Erteilung einer Genehmigung nach den Paragraphen §§1 Abs.1, 3 Abs.1 Zweckentfremdungsverbot-Gesetz bedürfte.

Was bedeutet das? Das Bezirksamt wäre dazu verpflichtet gewesen, nachzuprüfen, ob die erforderlichen Genehmigungen erteilt worden sind. Bei fehlender Erteilung hätte schon der frühere Abriss der Häuser Fennstr.35/37 und Am Nordhafen 1 verhindert werden müssen. Durch die Untätigkeit des Bezirksamts waren die Bewohner*innen der Willkür des Konzerns ausgesetzt. Auch hier zeigt sich die absolut zutreffende Erkenntnis der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, dass die Berliner Wohnbevölkerung, die zu 85 % zur Miete wohnt, nicht weiter die Willkür von Großkonzernen akzeptieren sollte, vor allem, wenn ausgerechnet Wohnungskonzerne börsennotiert sind und schon deswegen der Berliner Verfassung nicht Genüge tun können, die nämlich ein Recht auf angemessenen Wohnraum vorsieht. Bei solchen Konzernen steht die eigene Dividende stets höher im Kurs als Mieter*innen-Rechte.

Rainer Scholz

Stimmungskanonen

Es gibt Wut- und Reichsbürger, das Wahlvolk wählt falsch, Koryphäen unken, beschwören und drohen Verbote an. Das hohe Alter und die junge Einsamkeit, gegen die jetzt 70 Millionen Euro helfen sollen, verdrängen andere Themen, ein Fußballwunder heilt, doch die Stimmung bleibt mies.

Nörgler sagen, 11 Millionäre und ein Ball, früher waren das 11 Männer, genauer: 22... Mir würde nicht schaden, sportlicher unterwegs zu sein, ich meide Sport, Fußball, Fan-Meilen, Massenveranstaltungen, auf denen feuchtfröhlich gefeiert wird. Im Fernsehen wirken deutsche Siege martialisch, vor Kneipen fast handzahn, dominiert mitmenschliche Liebenswürdigkeit, trotz Regen und Kälte sitzt, steht, drängt es sich vor jedem öffentlichen Bildschirm, man lacht, schreit, kommentiert gemeinsam, trinkt Bier, gesellige Runden, da kommt keine Einsamkeit auf. Gesellt sich vielleicht nur, wer daran nicht leidet? Im menschenleeren Kino sah ich „Golda“, kein Massenandrang, beeindruckend, erhellend Helen Mirrens überwältigende schauspielerische Leistung, beklemmend aktuell, fast vergessen der Jom

Kippur-Krieg 1973, Nachfolger und Vorläufer der heute bitteren nahöstlichen Tatsachen. In der Philharmonie begeisterte das RSB trotz Fußballfiebers mit Morton Feldmanns Klangspektrum und Bruckners 9.. Doch die Ödnis Potsdamer Platz nimmt solchen Ausflügen den Charme, drei S-Bahn-Stationen weiter die Tucholsky-Straße, vor jeder Gastronomie Tische, Bänke, Stühle, eng an eng sitzen, stehen, schwätzen da junge Leute, Bombenstimmung auch in der Torstraße bis zum Friedrichshain, am Rosenthaler Platz Richtung Gesundbrunnen und Prenzlauer Berg, in der Oranienburger, hier ist man derzeit älter und feiner... Abends gehe ich ungern den finsternen Weg zur Museumsinsel. Schade um Linden, Potsdamer Platz und Leipziger Straße, da fehlen lockende Schaufenster, niedrigschwellige Gastronomie, das simple Entertainment für lebenshungrige, neugierige Menschen jeden Alters. Manche kamen zum Berliner Bücherfest an den Bebel-Platz, derzeit „Platz der Hamas-Geiseln“, gut gelaunt applaudierten Ältere und Alte Klaus Lederer, der im großen Zelt mitreißend sein Buch vorstellte, von sei-



Nachahmenswert: Reden miteinander statt Daddeln am Handy!

ner Partei linkes Umdenken erwartet, und am Vormittag, so ergänzte er, diese Partei europäisch gewählt hatte... Neuer Redner, neues Publikum, Sonne, Volksfestcharakter, Liegestühle, Bratwurst, Eis, Bier, Brause, viele zogen Richtung Hackescher- oder Gendarmenmarkt weiter ...

Irene Runge

Wir müssen alle an die frische Luft!

Im Sommer bringen zahlreiche **Freiluftkinos** ein vielfältiges abendliches Programm. Wenige Beispiele: Auf der Freilichtbühne im Friedrichshain finden 2000 Filmfans Platz, die Essen und Getränke mitbringen dürfen, sich damit und mit Popcorn aber auch vor Ort versorgen können. Das Kreuzberger Kino am Mariannenplatz zeigt Filme aus der ganzen Welt in der Originalfassung mit Untertiteln. In Liegestühlen können die Gäste im Kulturforum am Potsdamer Platz ein Programm erleben, das mit dem deutsch-französischen Kultursender Arte präsentiert wird. Das Freiluftkino Rehberge offeriert eine Mischung aus Hollywood-Produktionen und solchen unabhängiger Produzentinnen und Produzenten. Regelmäßig werden auch beliebte Klassiker geboten. Auf der Freilichtbühne am Weißensee laufen donnerstags bis sonntags Filme, am Sonntag Nachmittag gibt es ein Kinderprogramm mit Kino und Puppentheater.



Wie wäre es mit einem **Tanz unter freiem Himmel?** Die Strandbar Mitte neben dem Monbijoutheater lädt ein zu offenen Tanzkursen und Partys zum Mittanzen in Standard und Latein, z.B. Salsa, Tango oder Swing.



Im Volkspark Friedrichshain können Interessierte sonntags Lindy Hop, Swing oder Charleston erlernen, draußen und umsonst oder gegen einen Obolus „in den Hut“. Einmal monatlich heißt es im Bürgerpark Pankow „Tango im Rosengarten“. Wer noch nicht so firm ist, kann freitags im Mauerpark Volkstänze erlernen, Kreis- und Reihentänze ebenso wie Gassen- oder Paartänze. An Sommersonntagen ist Schwof bei Zenner im Treptower Park. Der dortige Biergarten ist täglich geöffnet.

Berlin bietet eine große Auswahl an **Freilufttheatern**. Die jüngste Sommerbühne ist das „Luftschloss Tempelhofer Feld“, ein offenes Holz-Amphitheater. Die Freilichtbühne an der Zitadelle Spandau bietet in den Sommerferien ein Kindertheater für Zuschauerinnen und Zuschauer ab 4 Jahren, woran gewiss auch deren Eltern Spaß haben. Zu Inszenierungen im Freien laden u.a. auch das Deutsche Theater, die Vaganten-Bühne in der Kantstraße oder die Brotfabrik in Weißensee ein. In mehr als zwanzig historischen Stadtkernen rund um Berlin ist Gerhart Hauptmanns Komödie „Der Biberpelz“ zu erleben. Näheres unter www.ag-historische-stadtkerne.de/jahresthema/sommertheater.



Georg Fehst

Koalition setzt Sonderstrafrecht gegen Studierende durch – Autonomie der Hochschulen wird angegriffen

Die Berliner Hochschulen stehen selten im Rampenlicht aufgeregter politischer Debatten. Doch seit dem Hamas-Anschlag auf Israel und den mörderischen Gegenschlägen auf palästinensische Gebiete werden die Hochschulen Schauplatz erbitterter Auseinandersetzungen, unter anderem bei mehreren propalästinensischen Besetzungen und Protestaktionen.

Der CDU waren politisch aktive Studierende schon lange ein Dorn im Auge. Sie wollten nicht nur schnelle Räumungen und Repressionen, sondern auch das aus Kaisers Zeiten stammende Ordnungsrecht gegen Studierende wieder einführen. Das Ordnungsrecht dient dazu, Studierende exmatrikulieren zu können, die sich unbotmäßig verhalten. Rot-Rot-Grün hatte den entsprechenden Passus im Berliner Hochschulgesetz 2021 gestrichen, nachdem das Ordnungsrecht selbst bundesweit seit den 70-er Jahren nur ganze zweimal zur rechtssicheren Exmatrikulation angewendet wurde. Das Recht auf Bildung wird von Verfassungsgerichten in der Regel hoch gewichtet.

Nach dem schlimmen Überfall auf den jüdischen Studierenden Lahav Shapira sah nun insbesondere die CDU die Chance gekommen, sich als Law-and-Order-Partei zu profilieren. In Rekordzeit wurde ein neues verschärftes Ordnungsrecht durch das Parlament gebracht – gegen den Protest von Studierenden und Gewerkschaften und von vielen Wissenschaftler*innen. Und auch die Hochschulleitungen wollten keine Ermittlungs- und Strafbehörden sein.

Wir haben als Linke den Schutz von Gewaltopfern und die Prävention gegen Antisemitismus in den Vordergrund gestellt. Selbstverständlich soll kein Opfer von antisemitischer Gewalt oder sexuellen Übergriffen dem Täter im Seminar gegenüber sitzen müssen. Für den Opferschutz ist schnelles Handeln notwendig – etwa über hochschulische Haus- oder gerichtliche Annäherungsverbote. Eine Exmatrikulation, Monate oder Jahre später, bleibt willkürliche Repression ohne jeden Zweck. Das lehnen wir klar ab, zumal schon die Androhung der Exmatrikulation geeignet ist, politische Aktivitäten der Studierenden einzuschränken.



Aber die CDU hat für die Autonomie unserer Hochschulen nichts übrig: der Regierende Bürgermeister wies die Präsidentin der Humboldt-Uni an, die Besetzung zu räumen. Sie forderte die Entlassung der TU-Präsidentin, obwohl die Universität selbst über ihre Leitung entscheiden sollte. Law and Order nach CDU-Manier, jetzt auch in unserer Wissenschaft.

Tobias Schulze,
Fraktionsvorsitzender und Sprecher
für Wissenschaftspolitik der
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Unterschriften sammeln für Ari!

Auf dem Weg ins Rathaus Mitte zur Juni-BVV mussten die Bezirksverordneten, die Stadträte und die Bezirksbürgermeisterin vorbei an der Kundgebung zum Erhalt der Friedensstatue. Organisiert wurde diese vom Korea-Verband e.V. Anlass war die drohende Entfernung der Friedensstatue „Ari“ in Moabit. Sie wurde dort im September 2020 aufgestellt, um an die durch das japanische Militär systematisch sexuell missbrauchten Frauen zu erinnern.

Sie kamen aus ehemaligen japanischen Kolonien, wurden verschleppt oder unter falschen Versprechen angeworben und während des Zweiten Weltkriegs in sogenannten „Trosthäusern“ zu sexuellen Handlungen gezwungen. Bekannt wurde dies erstmalig im Jahr 1991: Eine mutige Überlebende dieser sexuellen Gewalt brach ihr Schweigen und berichtete

öffentlich über ihre Erfahrungen des Missbrauchs und der Versklavung. Die Geschichte der „Trosthäuser“ ist eine von vielen Geschichten, die davon erzählen, wie sexuelle Gewalt in Kriegen strategisch und systematisch eingesetzt wird – noch heute. Die Statue ist einer der wenigen Orte, an denen solcher Verbrechen gedacht wird. Im September will das Bezirksamt die Friedensstatue entfernen. Der Korea-Verband hat deshalb einen Einwohnerantrag gestartet. Hierfür braucht es bis Mitte August 1.000 Unterschriften; die Listen liegen u.a. bei uns im Fraktionsbüro im Rathaus Mitte bereit.

Ein Antrag unserer Fraktion beruht auf einem juristischen Gutachten, das wir in Auftrag gegeben hatten. Dieses Gutachten sagt nun, dass die Wohnungen im Mettmannkiez (Tegeler Straße 1 und 2-7 / Fennstraße 33, 34) schützenswerter Wohnraum sind und nicht ohne

weiteres abgerissen werden dürfen. Das Gutachten widerlegt damit die Annahme des Bezirksamtes, das den Abriss als unumgänglich ansieht, weil es die Wohnungen für nicht schützenswert hält. Hintergrund ist der von der Firma Bayer AG geplante Bau eines Campus, der bis auf das Gelände der Wohngebäude an der Ecke Tegeler Straße/ Fennstraße reichen soll. Die durch das Gutachten belegte Schützenswürdigkeit der 140 Wohnungen stellt einen Abriss unter die Bedingungen des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes und bringt die Notwendigkeit eines Sozialplanes mit sich: Mieter*innen muss zum gleichen Mietpreis gleichwertiger Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag wird im Ausschuss Stadtentwicklung und Facility Management weiter besprochen.

Rosa Schick,
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

DAS IST DAS LETZTE

Gerade noch rechtzeitig vor der Europawahl kam ein Rundschreiben aus der Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke.

Prima, im Wahlkampf sind treffliche Argumente, überzeugende Fakten und pfiffige Aktionsideen hilfreich. Doch statt ein Feuerwerk zu entfachen, schickten sie im Karl-Liebknecht-Haus einen Amtsschimmel los. Der Gaul brachte einen Sack voll Anweisungen unter der Überschrift: „Was schreiben wir wie?“ In dem Erlass heißt es z.B.: „Abkürzungen werden in der Regel ausgeschrieben. Ausnahmen sind besonders populäre Abkürzungen, die im Sprachgebrauch für sich selbst stehen (wie SPD, HIV, PKW).“ Ausgearbeitet hat das Ganze „BMÖ“. Das ist mir nicht bekannt, aber gewiss so populär wie HIV oder die SPD. Außerordentlich wichtig auch der Hinweis, dass Uhrzeiten und Daten ohne „Führungsnul“ (also 1. Mai statt 01. Mai) zu schreiben sind. Führungsnuln wollen wir nicht! Und stets sollten wir beachten, „Hauptüberschriften“ in „Work Sans Black/ Schriftgröße 18 pt /ggf. Schriftfarbe: rot (RGB: Rot: 255, Grün: 0; Blau: 0)“ zu schreiben und für die Linksjugend [solid] die „Tastenkombination eckige Klammer: ALT Gr + 8 bzw. ALT Gr + 9, für den Strich (!): ALT + 697“ zu nutzen. „Koalitionen werden klein geschrieben“, belehrt uns die Leitstelle und führt als Beispiel die „liberal-kommunistische Koalition“ an. Sage einer, die hätten dort keinen Humor! Als Grußformeln werden „solidarische“ oder „freundliche Grüße“ in dem mit „Viele Grüße“ unterzeichneten Schreiben verordnet. So geht das aber nicht! Vielleicht bin ich aber mit dem zitierten Brief gar nicht gemeint. In der Anrede heißt es mit korrektem Gendersternchen: „Liebe Kolleg*innen“. Ich wähne mich in einer Partei mit Genossinnen und Genossen.

Blamable 2,7% („Prozent“?) zur Europawahl zeigen Die Linke im Sturzflug. Über dessen Verlauf wird die Zentrale zweifellos fehlerfrei und mit einheitlichem Schriftbild berichten.

Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Paralleltät zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 25.06.2024
Ausgabebetrag für Nr. 9/2024 – 05.09.2024



Keine Ausnahmen vom europäischen Mindestlohn!

Die EU-Mindestlohnrichtlinie soll von den Mitgliedsstaaten bis zum 15. November 2024 umgesetzt werden. Sie wurde auf Initiative der Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament verabschiedet und sieht – anders als das Mindestlohngesetz in Deutschland – keine Ausnahmen vor. Hierzulande sind z. B. Praktikant*innen und Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten arbeiten, vom Mindestlohn ausgenommen. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der im Einklang mit der Europäischen Mindestlohnrichtlinie ist. Das betrifft zum einem die Höhe des Mindestlohnes: 60 % des Medianlohns entsprechen aktuell mindestens 14,12 Euro. Wenn im nächsten Jahr die bereits vereinbarten Tarifsteigerungen kommen, bewegt sich die Marke für einen angemessenen Mindestlohn auf 15 Euro zu. Daher sagen wir: 15 Euro sofort!

Zum anderen sind es die Ausnahmen vom Mindestlohn, die dann nicht mehr mit EU-Recht vereinbar sind. Die Ausnahmen sind nicht nur schlimm für die Betroffenen, sondern auch schädlich für die Sozialkassen und den Fiskus. Etwa 30–40 % der Praktika in Deutschland sind unbezahlt oder werden nur geringfügig vergütet. Darunter sind jährlich etwa zwei Millionen Pflichtpraktika. Für sie müssen Unternehmen keinen Lohn zahlen – egal, wie lange sie dauern. Zudem gibt es jährlich etwa 600 000 freiwillige Praktika, die nicht länger als drei Monate dauern und deshalb nicht oder nur geringfügig vergütet werden. Den Sozialversicherungen entgehen dadurch rund 7 Mrd. Euro an nicht gezahlten Beiträgen.

In den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) gibt es ca. 320 000 Arbeitsplätze. Sie werden überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert. Die Beschäftigten erhalten nur ein geringes Arbeitsentgelt zwischen 200 und 500 Euro im Monat. Den Sozialversicherungen gehen dadurch ca. 2,75 Milliarden Euro an Beiträgen verloren. Artikel 15 der EU-Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass auch Beschäftigte in „geschützten Beschäftigungsverhältnissen“ ein Recht auf Mindestlohn haben. Die Bundesregierung muss also dafür sorgen, dass die Beschäftigten in den WfbM künftig den – dann auch höheren – gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Michael Frey



Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.

Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

- Zum 98. Dora Schmidt, Erika Teltow
- Zum 97. Ingeborg Weber
- Zum 94. Edeltraut Naumann, Käthe Streber, Gisela Zachmann, Gertraud Theuring
- Zum 91. Nina Freudenberg, Ruth Rümmler
- Zum 89. Marianne Wegricht, Robert Michel
- Zum 88. Ingrid Stingl
- Zum 87. Margot Marz
- Zum 86. Brigitte Poppe, Klaus Jacob
- Zum 75. Wolfgang Deckers

Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

- Zum 96. Ruth Schirm
- Zum 91. Resel Wolfrum
- Zum 89. Gisela Jungklaß
- Zum 88. Ursula Gladitz, Susanne Kiewel, Dorothea Seidel
- Zum 85. Henning von Schirrmeister
- Zum 83. Helmut Ettinger
- Zum 82. Sonja Steinke
- Zum 75. Christine Zschwinzert, Manfred Grabe
- Zum 70. Irina Stöcker
- Zum 65. Amir Mansour-Mahani